



Drucksache: 047/2022

Bezug:

Datum: 03.05.2022

## Beratungsfolge:

Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt	Vorberatung	09.05.2022	öffentlich
Kreistag	Entscheidung	23.05.2022	öffentlich

## Tagesordnungspunkt:

### Tarifliches Maßnahmenpaket ÖPNV

<b>Sachverhalt/Problem</b>	Die Tarifierhöhung im Heidenheimer Tarifverbund im August 2022 und 2023 soll ausgesetzt und weitere neue Tarifprodukte (487 Euro Jahresticket Jedermann und 365 Euro Jahresticket Senioren) sollen 2023 eingeführt werden.
<b>Ziel</b>	Beibehaltung der Fahrpreise und Ergänzung neuer attraktiver Tarifangebote zur Stabilisierung des Fahrgastaufkommens und als Schritt zur Mobilitätswende
<b>Finanzielle Auswirkungen</b> <input checked="" type="checkbox"/> ja Betrag in EUR: <input type="checkbox"/> nein	Bedarf der Kostensteigerung der Verkehrsunternehmen aus 2021 und 2022 sowie neue Produkte führen zu Mehrkosten im ÖPNV-Haushalt
<b>Im Haushaltsplan vorgesehen</b> <input type="checkbox"/> ja THH/Produktgruppe: <input checked="" type="checkbox"/> nein Finanzierung:	20.000 Euro überplanmäßige Mittel 2022 notwendig, Deckung im Rahmen der Gesamtdeckung des Haushalts
<b>Zeitraumen für Realisierung</b>	2022 ff.

Kuschel	Eisele	Eisele	Polta
Sachbearbeitung/ Fachbereichsleitung	Dezernats- bzw. Eigenbetriebsleitung	Dezernatsleitung 1 (bei finanziellen Auswirkungen, ausgenommen Eigenbetriebe)	Landrat

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Im Rahmen eines tariflichen Maßnahmenpakets ÖPNV im Heidenheimer Tarifverbund sollen Tarifierhöhungen für die Jahre 2022 und 2023 ausgesetzt werden.**
- 2. Die Monats-Abo-Karte Jedermann (Jahresticket Jedermann) soll zum 01.03.2023 über alle Preisstufen in Höhe von 487 Euro pro Jahr neu tarifiert werden.**
- 3. Das Abo Mobil 63 (Jahresticket Senioren) soll zum Preis von 365 Euro pro Jahr zum 01.03.2023 eingeführt werden.**
- 4. Der Landkreis gleicht das dadurch entstehende Defizit aus.**

**Sachverhalt:**

Im Heidenheimer Tarifverbund (htv) wurden Corona-bedingt in den Jahren 2020 und 2021 zusammen rund 2,8 Mio. Fahrgäste weniger begrüßt als im Vergleich zum Jahr 2019. Der Einnahmeverlust bezifferte sich in den letzten beiden Jahren auf jeweils 1 bis 1,4 Mio. Euro. Auch im laufenden Jahr 2022 ist weiterhin mit Einbußen zur rechnen. Der Verband deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) schätzt den deutschlandweiten Einnahmeverlust für 2022 auf 3,2 Mrd. Euro und damit ähnlich hoch wie 2020.

Die momentan angespannte Lage durch die Corona-bedingt fehlenden Fahrgäste wird durch die aktuelle Situation, ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine, überlagert. Die seit Ende Februar dauernden Kriegshandlungen führen in Deutschland unter anderem zu enormen Preissteigerungen. Besonders die gestiegenen Energiepreise haben das Leben in Deutschland so stark verteuert wie seit 1981 nicht mehr. Die Verbraucher zahlten für Waren und Dienstleistungen im März im Schnitt 7,3 Prozent und im April 7,4 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die gesamte ÖPNV-Branche sucht momentan nach Wegen aus dieser Situation hin zu einer Mobilitätswende. Durch die Corona-Pandemie und deren nach wie vor nicht restlos absehbaren Folgen hat sich diese Vision nicht grundlegend geändert, allein der Zeithorizont hat sich verlängert.

Die mit dem Ukrainekrieg einhergehende Verteuerung trifft alle privaten Haushalte schwer. Fahrten mit dem PKW werden teilweise zum Luxus. Der in der Pandemie und Ukraine-Krise preisstabile ÖPNV hat sich als zuverlässiger Verkehrsträger und Partner erwiesen. Teilweise kehren Fahrgäste schon allein aufgrund der hohen Treibstoffkosten wieder zum ÖPNV zurück.

Die ÖPNV-Branche dient als Hoffnungsträger der Mobilitätswende, steht jedoch vor denselben Problemen wie die privaten Haushalte und Kommunen. Die Kosten für Treibstoffe und Personal steigen, aber die geltende Finanzierungsmethode des ÖPNV wirkt kontraproduktiv. Danach müssen Kostensteigerungen durch Tarifierhöhungen ausgeglichen werden, sollte nicht der Aufgabenträger zusätzlich belastet werden. Eine Weitergabe der stark steigenden Kosten über Fahrpreiserhöhungen behindert wiederum eine Neukundengewinnung und führt im schlimmsten Fall dazu, dass Bestandskunden verloren gehen. Als erste Maßnahme wird daher eine Teilfinanzierung der Kosten über den Aufgabenträger Landkreis im Bereich der Tarife notwendig sein. Ohne dass sich zudem das Land klar positioniert und bereit ist, den ÖPNV auskömmlich zu finanzieren, wird der ÖPNV die zuge dachte Rolle als zentrales Element der Verkehrs- und Klimawende nur schwer übernehmen können.

Schon seit Beschlussfassung des Nahverkehrsplans 2014 setzt die Verwaltung die einzelnen Ziele und Rahmenvorgaben konsequent um. So wurden alle Verkehre neu strukturiert, in Abstimmung mit den Kommunen erweitert und nach Linienbündeln neu vergeben. Mit Abschluss der Vergaben zum Linienbündel Süd wurde die Basis geschaffen, den Nahverkehrsplan auch mit Blick auf die vom Land angestrebte Verkehrswende und die Erkenntnisse aus dem Mobilitätspakt fortzuschreiben. Im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2020 wurde dazu vom Kreistag ein schrittweises Vorgehen zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans beschlossen.

Mit vielfältigen Maßnahmen wurden bereits in der Vergangenheit die Auswirkungen der Corona Pandemie auf den ÖPNV auch durch Beschlüsse des Kreistags abgedeckt und der ÖPNV im Landkreis weiter stabil ermöglicht. Verstärkerfahrten, bargeldloses Bezahlen, Marketingmaßnahmen zur Kundengewinnung waren zentrale Elemente, um die Fahrgastrückgänge möglichst gering zu halten.

Nicht zuletzt in den Haushaltsplanberatungen 2020 wurde bereits die Einführung eines 365 Euro-Tickets thematisiert. Nach den Beratungen in der Kreistagssitzung vom 28.03.2022 zur vorgeschlagenen Tarifanpassung htv im laufenden Jahr hat die Verwaltung die Beiträge aus dem Gremium aufgegriffen und unter Berücksichtigung der aktuellen Lage Maßnahmen im Heidenheimer Tarifverbund neu konzeptioniert. Ergänzend zu der bereits beschlossenen

Einführung des **landesweiten Jugendtickets** wird für den Heidenheimer Tarifverbund daher ein umfassendes tarifliches Maßnahmenpaket vorgeschlagen.

Um alle Angebote weiterhin preisstabil aufrechtzuerhalten, sollen zunächst die **Tarifanpassungen 2022 und 2023 ausgesetzt** werden. Eine Aussetzung kann vor dem geschilderten Gesamtzusammenhang helfen, den ÖPNV als attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu nutzen. Auch im Zusammenhang mit dem vom Bund für den Zeitraum von drei Monaten von Juni bis August 2022 geplanten 9 Euro-Ticket als Mittel zur Gewinnung von Neukunden, kann diese Maßnahme zu einer Erholung der Fahrgastzahlen beitragen.

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung schlägt die Verwaltung weiter vor, neben der Einführung des landesweiten 365 Euro-Jugendtickets, weitere interessante Tarifangebote ab März 2023 einzuführen:

- Neutarifizierung der Monats-Abo-Karte Jedermann (**Jahresticket Jedermann**) zu 487 Euro pro Jahr
- Einführung eines Abonnements Mobil 63 (**Jahresticket Senioren**) zu 365 Euro pro Jahr

Das Abonnement der Monatskarte Jedermann soll als Jahrespreis in Abhängigkeit von § 16 ÖPNV-Gesetz mit 487 Euro tarifiert werden. Das ÖPNV-Gesetz gibt vor, dass Aufgabenträger sicherstellen müssen, dass zu jedem Zeitfahrausweis des Jedermannverkehrs ein um mindestens 25 Prozent rabattierter Tarif für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs angeboten wird. Das schon bestehende Abonnement soll zukünftig ähnlich wie das Jugendticket als Netzkarte wabenunabhängig sein und gilt daher im gesamten Verbundraum des htv, aber nicht im gesamten Land. Für Senioren war schon während der Pandemie geplant ein Abonnement einzuführen, allerdings mit einer Tarifizierung 12 Monatskarten zum Preis von 10. Für dieses Kundensegment soll nun ein neues Abonnement zum Signalpreis von 365 Euro eingeführt werden.

Mit diesen zusätzlichen Tarifmaßnahmen erhalten Schüler, Berufstätige und Rentner eine preisvergünstigte Jahreskarte in Form einer „Flatrate“, mit der die Kunden unbegrenzt das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs im htv – Schüler auch darüber hinaus – nutzen können. Diese Maßnahmen sollen eine dauerhafte Nutzung des ÖPNV bewirken, eine nachhaltige Erhöhung der Nachfrage erzielen sowie Neukunden im Abonnement gewinnen, um das Mobilitätsverhalten im Landkreis Heidenheim langfristig zu stärken und zu prägen.

Ein Verzicht auf eine Tarifierhöhung in 2022 würde voraussichtlich Mindereinnahmen von rund 510.000 Euro pro Jahr bedingen. Bezogen auf einen anteiligen Zeitraum für das Jahr 2022 hätte eine Aussetzung eine Kostenerhöhung des ÖPNV-Haushaltes von rund 445.000 Euro zur Folge. Dieser Verzicht würde zu einer dauerhaften Erhöhung der ÖPNV-Kosten um ca. 510.000 Euro auch in den Folgejahren führen.

Die ferner genannten Maßnahmen führen zu folgenden zusätzlichen Kosten im ÖPNV im Jahr 2023:

	gesamt	2023
• Kostenfortschreibung 2021	510.000 Euro	510.000 Euro
• Landesweites Jugendticket (schon beschlossen)	500.000 Euro	420.000 Euro (anteilig)
• 487 Euro Jahresticket Jedermann	254.610 Euro	213.000 Euro (anteilig)
• 365 Euro Jahresticket Senioren	32.770 Euro	28.000 Euro (anteilig)
<b>Summe</b>		<b>1.171.000 Euro</b>

Hinzu kommen noch die Kostensteigerungen der Verkehrsunternehmen des laufenden Jahres, die den Haushalt zusätzlich belasten. Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen wird ein Wert oberhalb der Kostensteigerung 2021 erwartet. Bei einer vorsichtigen Abschätzung von 7 % ist mit zusätzlichen Kosten von ca. 610.000 Euro zu rechnen. Insofern ist mit einer gesamten zusätzlichen Belastung in 2023 von rund 1,8 Mio. Euro zu rechnen, die ebenfalls zukünftige Jahre betrifft.

Das durch die vorstehenden Maßnahmen entstehende Defizit wird durch den Landkreis ausgeglichen.

Am Ende des ersten Quartals 2024 führt die Verwaltung insbesondere eine Evaluation des 487 Euro Jahrestickets Jedermann und des 365 Euro Jahrestickets Senioren durch. Ziel der Evaluation ist es die Wirtschaftlichkeit und Absatzmenge der neuen Angebote im ersten Jahr zu bewerten. Des Weiteren werden zu diesem Zeitpunkt auch die weiteren Auswirkungen der Aussetzung der Tarifierhöhungen für die Jahre 2022 und 2023 im htv näher betrachtet.

Die dargestellten Maßnahmen sind ein starkes Signal auch zur Gewinnung von Neukunden im ÖPNV. So können die Fahrgastzahlen dauerhaft stabilisiert und gesteigert werden. Mit Blick auf die Mobilitätswende ist diese tarifliche Maßnahme allerdings nur ein Baustein.

Weitere Maßnahmen wie Erhöhung des Angebotes, Bevorrechtigung des ÖPNV, Digitalisierung des Angebotes, vernetzte Planung und gezielte Kommunikation sowie Vereinfachung der Zugangsfähigkeiten zum ÖPNV müssen folgen. Auch diese zukünftigen Maßnahmen auf dem Weg zur Mobilitätswende sind mit entsprechenden Kosten verbunden.

## **Anlage**

Tarifliches Maßnahmenpaket ÖPNV